

Stenographischer Bericht

über die

35. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 1. Dezember 1922.

Inhalt:

Seite

Personalien:

Neuwahl eines Ersatzmannes im Landeskultur- und Unterrichtsausschuß an Stelle der Abg. Fahr und Kobald . . . 913

Anlage:

Beilagen Nr. 344 und 345 912

Zuweisungen:

Beilage Nr. 344 an den Unterrichtsausschuß 912

Beilage Nr. 345 an den volkswirtschaftlichen Ausschuß 912

Berichte der Landesregierung i. k. W. an den Unterrichts- und Gemeinde- und Verfassungsausschuß 912

Verhandlungen:

Beilage Nr. 313. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses 913

Berichterstatter Abg. Seehofer 913

Annahme des Ausschußantrages 913

Beilage Nr. 304. Mündlicher Bericht des Straßen- und Brückenbauausschusses 914

Berichterstatter Abg. Riemelmoser 914

Annahme des Ausschußantrages 914

Beilage Nr. 308. Mündlicher Bericht des Straßen- und Brückenbauausschusses 914

Berichterstatter Abg. Zingl 914

Redner: Landesrat Paul 914

Annahme des Ausschußantrages mit dem Abänderungsantrage des Abg. Paul bezüglich Punkt 1 914

Präf.-Nr. 138. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses 915

Berichterstatter Abg. Muchitsch 915

Annahme des Ausschußantrages 915

Präf.-Nr. 140. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses 915

Berichterstatter Abg. Muchitsch 915

Annahme des Ausschußantrages 915

Präf.-Nr. 141. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses 915

Berichterstatter Abg. Muchitsch 915

Annahme des Ausschußantrages 915

Mitteilungen des Vorsitzenden:

Anträge (siehe Verzeichnis) 929

Anfragen (siehe Verzeichnis) 929

Tagesordnung der nächsten Sitzung 929

Verzeichnis der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen.

Anfragen:

Anfrage der Abgeordneten Ferner, Hartleb, Kahr, Dr. Klusmann und Genossen an den Landeshauptmann, betreffend die Verhinderung der Abhaltung eines Viehmarktes in Wildon.	
Dringliche Behandlung.	
Begründung: Abg. Ferner	915
Beantwortung durch den Landeshauptmann	916
Redner: Abg. Schreckenthal	916
„ Pichler	918
„ Sonnhammer	919
„ Senz	920
Landesrat Winkler	921
Abg. Leichin	924
„ Steinberger	925
„ Hartleb	925
Anfrage der Abgeordneten Kahr und Genossen an den Landeshauptmann, betreffend den Schutz der Alpenweiden.	

Anträge:

Antrag der Abgeordneten Kobald und Genossen, betreffend Subventionierung der gewerblichen Fortbildungsschulen.	
Antrag der Abgeordneten Muchitsch und Genossen, betreffend Gewährung eines Vorschusses aus Landesmitteln für die gewerblichen Fortbildungsschulen.	
Dringliche Zuweisung an den Finanzausschuß.	
Begründung: Abg. Kobald	927
„ Muchitsch	927
Antrag der Abgeordneten Hartleb, Rieckh, Schreckenthal, Dr. Klusmann und Genossen, betreffend Änderung des Walderhaltungsgesetzes.	

Beginn der Sitzung: 4 Uhr 35 Minuten nachmittags.

Vorsitzender: Präsident Franz Kölbl.

Schriftführer: Die Abgeordneten Johann Leichin, Raimund Riemelmoser, Franz Witzany und Dr. Otto Dungen.

Vorsitzender Präsident Kölbl: Hohes Haus! Ich eröffne die 35. Sitzung des hohen Landtages.

Eingebracht wurde eine dringliche Anfrage der Abgeordneten Ferner, Hartleb, Kahr, Dr. Klusmann und Genossen an den Landeshauptmann, betreffend die Verhinderung der Abhaltung eines Viehmarktes in Wildon.

Die Anfrage weist die entsprechende Anzahl von Unterschriften auf; ich werde dieselbe am Schlusse der Tagesordnung zur Verhandlung bringen.

Aufgelegt wurden heute die Beilagen Nr. 344 und 345.

Zugewiesen werden die Beilagen [(verliest die Überschriften) Nr. 344 dem Unterrichtsausschuß und Nr. 345 dem volkswirtschaftlichen Ausschusse].

Im kurzen Wege wurden zugewiesen:

dem Unterrichtsausschuße der Bericht der Landesregierung, betreffend die Behandlung der deutschen aktiven Lehrerschaft des ehemaligen untersteirischen, nunmehr dem Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen zugehörigen Gebietes;

dem Gemeinde- und Verfassungsausschuße der Bericht der Landesregierung, betreffend die Abänderung des Gesetzesbeschlusses vom 22. November 1922 über die Einhebung von Gemeindeabgaben für öffentliche Ankündigungen durch die steirischen Gemeinden mit Ausnahme der Landeshauptstadt Graz und

der Bericht der steiermärkischen Landesregierung, betreffend die nachträgliche Genehmigung zur Aufnahme der im Jahre 1922 bisher der Stadtgemeinde Graz vom Bunde gewährten Darlehen im Gesamtbetrage von 13 Milliarden Kronen.

Ferner habe ich mitzuteilen, daß über Beschluß der Obmännerkonferenz Punkt 8 der heutigen Tagesordnung, mündlicher Bericht des Eisenbahnausschusses über den Antrag der Abgeordneten Lang, Riegler, Riemer und Genossen, Beilage Nr. 309, wegen Ausbaues der Bahnlinie Pölsing-Brunn der Sulmtalbahn nach Eibiswald zurückgezogen wurde.

Hat jemand zu dieser Zuweisung, beziehungsweise Zurückziehung etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall.

Wir schreiten nunmehr zur Tagesordnung. Punkt 1:
Neuwahl eines Erfahrmannes im Landeskulturausschusse an Stelle des Abgeordneten Norbert Kahr und eines Erfahrmannes im Unterrichtsausschusse an Stelle des Abgeordneten Felix Kobald.

Zu einem Wahlvorschlage erteile ich dem Herrn Abgeordneten Schreckenthal das Wort.

Abgeordneter **Schreckenthal**: Hohes Haus! Ich schlage vor an Stelle des Herrn Abgeordneten Norbert Kahr den Herrn Abgeordneten Franz Rieckh zu wählen und an Stelle des Herrn Felix Kobald den Herrn Abgeordneten Ingenieur Franz Wihany.

(Dieser Wahlvorschlag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Vorsitzender Präsident Kölbl: Punkt 2:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Bericht der steiermärkischen Landesregierung, Beilage Nr. 313, betreffend die Übernahme der Haftung für die Verzinsung und quotenmäßige Rückzahlung der von der Steirischen Wasserkraft- und Elektrizitäts-Aktiengesellschaft neu ausgegebenen Teilschuldverschreibungen im Betrage von 500 Millionen Kronen Nominale und weiters auszugebenden Teilschuldverschreibungen.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Rudolf Seehofer.

Berichterstatter des Finanzausschusses Seehofer (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Im Auftrage des Finanzausschusses berichte ich über die Beilage Nr. 313. Kohle, Erze, Wälder und Wasser und die steirische Arbeitskraft sind die Hauptschätze, die in unserem Lande gelegen sind. Bis her war insbesondere die steirische Wasserkraft im Gegensatz zu anderen Ländern stark vernachlässigt in dem Sinne, um eine gleich hohe Bedeutung zu erlangen, wie dies beispielsweise im Lande Schweden und in anderen Ländern der Fall ist. Um diesem Uebelstande abzuhelpen, ist seinerzeit die Weag, oder wie der volle Name lautet: die „Steirische Wasserkraft- und Elektrizitäts-Aktiengesellschaft“ gegründet worden. Das ganze Projekt für den Ausbau der steirischen Wasserkräfte, wie es seinerzeit geplant war, konnte damals nicht sofort durchgeführt werden, und zwar wegen der Schwierigkeiten in der Geldbeschaffung. So mußte zunächst nur ein Teilprojekt in Angriff genommen werden, der Ausbau der Teigtisch. Eine Besichtigung der Mitglieder der

Landesregierung und des Finanzausschusses hat gezeigt, daß dieses Werk eine große Zukunft in sich birgt. Es sind zunächst 700 Millionen Kronen Nominale zur Verfügung gestellt worden für den Ausbau der Wasserkräfte. Diese Summe hat sich bei der seinerzeitigen Geldentwertung als viel zu geringfügig erwiesen und es ist zu weiteren Erhöhungen gekommen, so daß schließlich 1900 Millionen Kronen Nominale Stammaktien, 1400 Mill. Kronen Nominale Prioritätsaktien und 1200 Millionen Kronen Nominale Prioritätsobligationen ausgegeben worden sind. Jedoch auch damit konnte nicht das Auslangen gefunden werden und so mußte die Weag neuerdings mit der Ausgabe von Stammaktien und Teilschuldverschreibungen vorgehen. Da es nun notwendig ist, wenn diese Arbeiten im raschen Zuge durchgeführt werden sollen, auch die Gelder rasch zu beschaffen, damit der große Zug, der dem Ausbau dieser Wasserkräfte innewohnt, nicht aufgehalten ist, dies aber nur dann geschehen kann, wenn das Land eine gewisse Garantie für den Zinsendienst usw. übernimmt und weiters die Mündelsicherheit für diese Papiere seitens der Bundesregierung verliehen wird, so ist es notwendig, daß von der Landesregierung zu dieser Sache Stellung genommen wird. Der Finanzausschuß hat das Projekt der Landesregierung gutgeheißen, die Haftung für die Verzinsung und Rückzahlung dieser Teilschuldverschreibungen zu übernehmen. Da sich jedoch die weitere Ausgabe von Teilschuldverschreibungen in rascher Folge wiederholen kann und es notwendig sein wird, in dieser Sache schnell zu handeln, ist es auch notwendig, der Landesregierung die Ermächtigung zu erteilen, diese Haftung durch einen einfachen Beschluß der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuße unter denselben Voraussetzungen, wie sie seinerzeit gegeben waren, vorzunehmen. Daher stelle ich namens des Finanzausschusses den Antrag, die Anträge der Landesregierung, wie sie in der Beilage Nr. 313 enthalten sind, zu genehmigen.

(Der Antrag des Finanzausschusses wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Vorsitzender Präsident Kölbl: Punkt 3:

Mündlicher Bericht des Straßen- und Brückenbauausschusses über den Antrag der Abgeordneten Riemelmoser, Zingl, Peintinger und Genossen, Beilage Nr. 304, betreffend die Erklärung des Straßenzuges Gleisdorf — Pischelsdorf — Hartberg — niederösterreichische Landesgrenze als Bundesstraße.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Raimund Riemelmoser.

Berichterstatter des Straßen- und Brückenbauausschusses **Riemelmoser** (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Die Finanzlage der Bezirke und Gemeinden ist, wie allgemein bekannt, eine ganz elende. Die Bezirke sind nicht in der Lage, ihre Straßen zu erhalten und insbesondere dann nicht, wenn sie wissen, daß diese Straßen infolge eines großen Transit- oder Durchzugsverkehrs eine erhöhte Pflege brauchen. Um eine solche Straße mit einem direkten Transitverkehr, handelt es sich in der Landtagsbeilage Nr. 304. Diese Straße verbindet die Reichsstraße Graz—Fehring—Budapest mit der Straße, die bis Aspang geht.

Dieser Antrag wurde im Straßen- und Brückenbauausschusse behandelt, und der Straßen- und Brückenbauausschuß stellt den Antrag auf unveränderte Annahme dieser Vorlage.

(Der Antrag des Straßen- und Brückenbauausschusses wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Vorsitzender Präsident **Kölbl**: Punkt 4:

Mündlicher Bericht des Straßen- und Brückenbauausschusses über den Antrag der Abgeordneten Zingl, Riemelmoser, Peinfinger und Genossen, Beilage Nr. 308, betreffend den Ausbau eines Straßenzuges von Dechantkirchen über Kroisegg im Burgenland zur Straße Lafnitz—Pinkafeld.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter **Zingl**.

Berichterstatter des Straßen- und Brückenbauausschusses **Zingl** (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Der Straßen- und Brückenbauausschuß hat mich beauftragt, zu berichten über den Ausbau eines Straßenzuges von Dechantkirchen über Kroisegg im Burgenland. Durch die Angliederung des Burgenlandes an Österreich ist das lebhafteste Interesse an der Straße gegeben, welche die Verbindung mit Graz ins Leben ruft. Der ganze Verkehr mit dem Burgenlande, von Peggau bis Pinkafeld, geht jetzt nach Niederösterreich. Durch eine Straße von Dechantkirchen über Kroisegg im Burgenland zur Straße Lafnitz—Neustift—Pinkafeld wäre nun die Möglichkeit gegeben, daß sich auch eine Verbindung mit Graz erzielen ließe. Der Straßen- und Brückenbauausschuß hat sich mit dem Antrage eingehend beschäftigt und hat folgende Abänderung getroffen (liest):

„1. Den in Steiermark gelegenen Teil des Straßenzuges von Dechantkirchen über Kroisegg im Burgenland zur Straße Lafnitz—Neustift—Pinkafeld

feld ehestens zu trassieren und dem Landtage bei seiner nächsten Tagung ein ausgearbeitetes Projekt einschließlich Kostenvoranschlag vorzulegen;

2. sich mit der burgenländischen Landesregierung betreffend den Ausbau des burgenländischen Teiles der Straße ins Einvernehmen zu setzen.“

Ich bitte das hohe Haus um die Annahme des Antrages.

Vorsitzender Präsident **Kölbl**: Zum Gegenstande hat sich zum Worte gemeldet der Herr Landesrat **Paul**, ich erteile ihm dasselbe.

Landesrat **Paul**: Hohes Haus! Der vorliegende Antrag könnte leicht zu einem Mißverständnisse führen, und zwar dahingehend, daß sofort eine derartige Straßenlinie zu trassieren wäre. Nun zeigt es sich aber, besonders bei Straßen im kupierten Terrain, daß es eine ganze Menge von Varianten gibt und es wäre daher erst jener Straßenzug zu trassieren, der sich, nachdem vorher die geeigneten Möglichkeiten von Straßenlinien festgestellt sind, als geeignet ergibt. Um nun dem Lande unnötige Ausgaben zu ersparen, möchte ich den Antrag stellen, daß zunächst ein Vorprojekt auszuarbeiten und auf Grund desselben jene Straßenlinie auszubauen ist, welche für die endgültige Trassierung als die geeignetste erscheint. Ich möchte mir daher erlauben zu beantragen, Punkt 1 abzuändern, daß er heißt (liest):

„Die steiermärkische Landesregierung (Landhaus) wird beauftragt:

1. Für den in Steiermark gelegenen Teil des Straßenzuges von Dechantkirchen über Kroisegg im Burgenland zur Straße Lafnitz—Neustift—Pinkafeld ehestens ein Vorprojekt zu verfassen, um einen Beschluß fassen zu können, welche der möglichen Varianten einer Trassierung zu unterziehen wäre.“

Berichterstatter **Zingl**: Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn Antragstellers an.

(Der Antrag des Straßen- und Brückenbauausschusses mit dem Abänderungsantrage des Landesrates **Paul** bezüglich Punkt 1 wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Vorsitzender Präsident **Kölbl**: Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der

mündliche Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Bericht der steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Ankauf der städtischen Grundparzelle 39 für die Landes-Hufbeschlags-Lehr- und Tierheilanstalt (Präf. Nr. 138).

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter **Muchitsch**, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter des Gemeinde- und Verfassungsausschusses Muchitsch (von der Rednerbühne): Im Auftrage des Gemeinde- und Verfassungsausschusses stelle ich folgenden Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Beschluß des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz vom 22. Jänner 1922, betreffend den Verkauf der städtischen Grundparzelle 39 der Steuergemeinde Jakomini, im unverbürgten Ausmaß von 97 Quadratmetern an die Landes-Hufbeschlags-Lehr- und Tierheilanstalt, beziehungsweise an das Land Steiermark um den Kaufpreis von 1000 K für 1 Quadratmeter, wird genehmigt und die Landesregierung ermächtigt, den Kaufvertrag abzuschließen und grundbücherlich durchführen zu lassen.“

Ich bitte das hohe Haus, diesen Antrag anzunehmen.

(Der Antrag des Gemeinde- und Verfassungsausschusses wird ohne Debatte einstimmig angenommen.)

Vorsitzender Präsident Kölbl: Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Bericht der steiermärkischen Landesregierung, betreffend die nachträgliche Genehmigung von vier aufgenommenen Bundesdarlehen der Stadtgemeinde Graz im Gesamtbetrage von 418.000.000 K (Präs. Nr. 140).

Berichterstatter ist gleichfalls Herr Abgeordneter Muchitsch, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter des Gemeinde- und Verfassungsausschusses Muchitsch (von der Rednerbühne): Hierzu stelle ich namens des Gemeinde- und Verfassungsausschusses folgenden Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Auf Grund der Bestimmung des § 47 k der Gemeindeordnung für die Landeshauptstadt Graz wird die Aufnahme von vier Bundesdarlehen durch die Stadtgemeinde Graz für das erste Halbjahr 1922 im Gesamtbetrage von 418.000.000 K nachträglich genehmigt.“

Ich bitte das hohe Haus, diesen Antrag anzunehmen.

(Der Antrag des Gemeinde- und Verfassungsausschusses wird ohne Debatte einstimmig angenommen.)

Vorsitzender Präsident Kölbl: Punkt 7 der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Bericht der steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Aufnahme eines

Kredites von 600, beziehungsweise 1000 Millionen Kronen durch die Stadtgemeinde Graz zum Zwecke des Einkaufes von Lebensmitteln (Präs. Nr. 141).

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Muchitsch, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter des Gemeinde- und Verfassungsausschusses Muchitsch (von der Rednerbühne): Hierzu stelle ich namens des Gemeinde- und Verfassungsausschusses folgenden Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Die Beschlüsse des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz vom 22. Juni 1922 und 20. Juli 1922, betreffend die Aufnahme eines Kredites bis zur Höhe von 1000 Millionen Kronen (einschließlich der bereits bestehenden Verbindlichkeiten) durch das städtische Ernährungsamt in Liquidation zum Einkaufe von Lebensmitteln, wird auf Grund des § 47 der Gemeindeordnung für die Landeshauptstadt Graz genehmigt.“

Ich bitte das hohe Haus, diesen Antrag anzunehmen.

(Der Antrag des Gemeinde- und Verfassungsausschusses wird ohne Debatte einstimmig angenommen.)

Vorsitzender Präsident Kölbl: Punkt 8 entfällt.

Es gelangt nunmehr die

dringliche Anfrage der Abgeordneten Ferner, Winkler, Dr. Hübler, Dr. Aufemann und Genossen an den Landeshauptmann, betreffend die Verhinderung der Abhaltung eines Viehmarktes in Wildon, zur Verhandlung.

Zur Begründung derselben erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ferner das Wort.

Abgeordneter Ferner: Hohes Haus! Die Bevölkerung des politischen Bezirkes Leibnitz kann es nicht verstehen, daß heute noch Verordnungen bestehen aus der Kriegszeit, die zu großen Schikanen und zu großen Schäden der bauerlichen Bevölkerung führen. Am vergangenen Samstag den 25. November hätte in Wildon ein Jahrmarkt abgehalten werden sollen. Die Gemeinde Wildon hat am 8. November vorschriftsmäßig um die Abhaltung des Viehmarktes angefragt. Am Tage vor dem Markte, das ist vor dem 25. November, ist von der Bezirkshauptmannschaft Leibnitz entschieden worden, daß der Viehmarkt nicht abgehalten werden darf aus veterinärpolizeilichen Gründen. Der Viehmarkt wurde untersagt, trotzdem konnten die umliegenden Gemeinden nicht verständigt werden, das Vieh wurde hereingetrieben und konnte von Wildon nicht mehr zurückgehalten werden. Das

Vieh wurde nicht beschaut, und wäre ein seuchenkrankes Rind dabei gewesen, so hätte es zu einer großen Seuchengefahr führen können. Fünf Tage früher ist in Westmannstätten, im Deutschlandsberger Bezirke, ein Viehmarkt abgehalten worden, eine halbe Stunde von der Grenze des politischen Bezirkes Leibnitz entfernt. Auf diesem Markte haben Gemeinden des Deutschlandsberger Bezirkes Vieh aufgetrieben, und allen Gemeinden vom politischen Bezirke Leibnitz war es auch gestattet, Vieh auf diesen Markt aufzutreiben. Die Leute können es nicht verstehen, wieso eine halbe Stunde über der Grenze des politischen Bezirkes Leibnitz ein Markt erlaubt wird, in unserem eigenen Bezirke aber, der viel weiter von Westmannstätten entfernt ist, wird der Viehmarkt untersagt, untersagt erst im letzten Momente, wo das Vieh schon aufgetrieben wird. Solche Maßregeln rufen in unserer Bevölkerung große Bestürzung und Beunruhigung hervor. Wir stellen daher an den Herrn Landeshauptmann die dringliche Anfrage, ob er bereit sei, die ihm unterstehenden Organe zu beauftragen, bei der Handhabung der veterinärpolizeilichen Vorschriften sich nicht so strenge an den Buchstaben der Gesetze zu halten, sondern auch Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage zu nehmen.

Vorsitzender Präsident Kölbl: Zur Beantwortung dieser Anfrage ertheile ich dem Herrn Landeshauptmann das Wort.

Landeshauptmann Dr. Rintelen: Hohes Haus! Es ist richtig, daß der bewußte Viehmarkt in Wildon am 25. November verboten worden ist. Ich habe mich erkundigt bei dem Veterinärreferenten der Landesregierung über die Gründe dieses Verbotes. Es ist damals aus Marburg Vieh hereingeschmuggelt worden, das verseucht war, so daß in einzelnen Gemeinden des Bezirkes Seuchenfälle vorgekommen sind. Die Bezirkshauptmannschaft hat daher in der Sorge, daß aus diesen Gegenden Vieh nach Wildon gebracht werden könnte, das Verbot ausgesprochen. Ich kann den Tag nicht feststellen, an dem das Verbot ausgesprochen worden sein soll. Sollte dieses Verbot erst zwei Tage oder am Tage vor dem Markte erfolgt sein, so würde ich das für unzulässig halten und würde Weisungen ergehen lassen, daß mit solchen Verböten früher vorgegangen werden wird. Die Frage der Seuchengefahr in Wildon ist ein wunder Punkt, weil vor elf Jahren ein Viehmarkt in Wildon abgehalten worden ist, wo von Seuchen befallenes Vieh hingekommen ist. Es ist dadurch die ganze Gegend von Wildon von einer schweren Seuche betroffen worden. Auf diesen

Grund ist die Sorge des dortigen Veterinärreferenten zurückzuführen, der sich zu diesem Verbote veranlaßt gesehen hat. Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, daß die Sorge, die den Veterinärreferenten leitet, wohl begründet ist in den ungeheuren schweren Schäden, die die steirische Landwirtschaft in den letzten Jahren durch Viehseuchen erlitten hat, in der Seuchengefahr für die Orte selbst, wo der Markt stattfindet, und für die Orte, wo der Zutrieb zum Markte stattfindet, und für die weiteren Orte mit Rücksicht auf den Eisenbahntransport an diesem Tage. Das ist die Gefahr, die die Viehzucht und die Landwirtschaft trifft. Ich bitte die Herren Interpellanten, versichert zu sein, daß ich den Erwägungen, von denen Sie sich leiten lassen, Rechnung tragen werde und diesbezügliche Weisungen an die kompetenten Behörden richten werde, dort, wo Verbote in Ausnahmefällen getroffen werden, sie rechtzeitig zu erlassen.

Vorsitzender Präsident Kölbl: Zum Gegenstande hat sich auch Herr Abgeordneter Schreckenthal zum Worte gemeldet. Ich ertheile ihm dasselbe.

Abgeordneter Schreckenthal: Hohes Haus! Die Angelegenheit, welche heute der Herr Abgeordnete Ferner hier vertreten hat, ist für uns eine außerordentlich wichtige. Es handelt sich darum, daß die Bauern, welche zum Markte nach Wildon ihr Vieh treiben wollten, von dem Verbote des Marktes nicht verständigt wurden. Daß die Bauern darüber sehr aufgeregt und unwillig waren, ist selbstverständlich, insbesondere in einer Zeit wie der heutigen, wo wir es mit einem katastrophalen Rückgange der Viehpreise zu tun haben. Würde es anders sein, so würden wir leicht darüber hinweggehen, so aber müssen wir uns wehren, wenn Maßregeln getroffen werden, durch welche die Bauern so schwer getroffen werden. Mit der Seuchengefahr hat man auch bei anderen Märkten gerechnet und hat Orte vom Auftriebe auf den Markt ausgeschlossen. Das hätte in diesem Falle auch geschehen können, insbesondere, weil in Westmannstätten ein Markt stattgefunden hat und dieser Ort viel näher zu Gleinstätten als Wildon ist. Ich möchte die Gelegenheit heute benützen, um unseren Standpunkt zu vertreten und dem hohen Hause zu zeigen, daß wir in der Landwirtschaft heute mit Verhältnissen rechnen müssen, die allem Anscheine nach eine außerordentlich katastrophale Wendung nehmen werden. Sie alle werden in den Zeitungen von dem außerordentlich starken Rückgang der Viehpreise gelesen haben. Wir haben vor nicht allzu langer Zeit in der Burg eine Besprechung zwischen Konsumenten und

Produzentenvertretern gehabt. Dort wurde auf diese Mißstände hingewiesen, und es wurde von den Konsumentenvertretern den Landwirten die Schuld daran zugeschoben, daß wir uns heute in einer solchen Teuerung befinden. Es wurde hiebei übersehen, auf den kolossalen Rückgang der Viehpreise zu verweisen. Wir haben es uns nicht nehmen lassen, diese Tafsache festzustellen. Wenn Sie die Viehpreise ansehen, wie sie heute sind, so muß man sagen, daß sie seit dem Sommer um mehr als 50 Prozent zurückgegangen sind. (Abgeordneter Pichler: „Nicht die Fleischpreise!“) Die Bauern haben von den Fleischpreisen nichts, die Bauern bekommen heute schon Viehpreise von nur 1200 bis 1500 K. Wenn die Fleischpreise auf 12.000 bis 14.000 K kommen, so dürfen Sie das nicht den Landwirten zur Last legen. (Abgeordneter Pichler: „Der Viehpreis schwankt doch zwischen 6000 oder 7000 K!“) Befehlen, Herr Pichler? Wenn Sie die Preise aus den Zeitungen nehmen und den Marktberichten, so dürfen Sie nicht vergessen, daß das die Preise sind, wo schon der Händlergewinn und die Frachtsätze darin enthalten sind. (Zwischenruf des Abgeordneten Pichler.) Bitte, wollen Sie ein Zwiegespräch mit mir führen oder lassen Sie mich sprechen? (Abgeordneter Pichler macht weitere Zwischenrufe.)

Vorsitzender Präsident Kölbl (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter Schreckenthall (fortfahrend): Wir müssen feststellen, daß in den Marktpreisen, welche hier angegeben werden, die Händlergewinne und die Frachtspesen enthalten sind und daß diese Preise nicht jene Preise sind, die die Bauern erhalten. Es wäre ein großes Unrecht, welches den Landwirten angetan wird, wenn man sagen würde, die Landwirtschaft bekommt so hohe Preise und sie ist schuld daran, daß die Fleischpreise so hohe sind. Wir haben heute einen Rückgang der Viehpreise von 50 bis 70 Prozent, während alle Bedarfsartikel, die der Landwirt braucht, eine Preissteigerung gegen den Frieden heute noch zu verzeichnen haben, wo wir sagen müssen, diese einzelnen Artikel stellen das 38.000 fache des Friedenspreises dar. Ich verweise auf den Hufbeschlag; bei allen Artikeln vom Huf- und Wagen Schmied, bei allen diesen Artikeln können wir konstatieren, daß der heutige Preis schwankt zwischen dem 20.000- bis 38.000 fachen des Friedenspreises. Wenn diese Preise, die der Bauer für seine Produkte bekommt, das 12.000- bis 15.000 fache des Friedenspreises betragen,

während bei den Bedarfsartikeln das 38.000 fache des Friedensbetrages gefordert wird, dann ist es ausgeschlossen, daß die Landwirtschaft unter diesen Umständen weiter bestehen kann. In dem neuen Programme, das die Regierung hinausgegeben hat, in dem Sanierungsprogramme, sehen Sie, daß die Steuern, welche die Landwirte zu bezahlen haben, mit dem 15.000 fachen des Friedensbetrages gerechnet werden, also die Valorisierung mit 15.000 vorgenommen wird. Der Landwirt bekommt für seine Produkte das 12.000 bis 15.000 fache, muß aber für die Bedarfsartikel das 20.000- bis 38.000 fache bezahlen. Daß ein derartiger Zustand nicht zu ertragen ist, ist selbstverständlich. Was für Überschußprodukte hat die Landwirtschaft in Steiermark? Hauptsächlich Vieh- und Milchprodukte, das sind die beiden Produkte, welche als Überschußprodukte bezeichnet werden können. Wenn nun ein derartiger katastrophaler Rückgang bei den Viehpreisen eintritt und nicht gleichzeitig auch ein Preisrückgang bei den Bedarfsartikeln der Landwirtschaft, muß eine Katastrophe in der Landwirtschaft eintreten, muß die Entwicklung der Landwirtschaft zu jenem Punkte führen wie in den 1860er und 1880er Jahren, wo aus wirtschaftlichen Gründen Bauernlegungen auftraten. Wir haben im Sommer höhere Viehpreise gehabt. Sie werden sagen, da hätten die Bauern verkaufen können. Meine Herren, zu dieser Zeit ist das Vieh auf der Alpe gewesen und von dort kann das Vieh nicht ohneweiters abgetrieben werden; erst nach der Sommerung wird das Vieh abgetrieben und vom Bauern das überschüssige Vieh verkauft; das ist von jeher so gewesen. Heuer sind die Bauern mit dem Vieh, das sie überschüssig gehabt haben, schon in den fallenden Viehpreis hineingekommen und haben dadurch große Verluste erlitten. Heuer ist außerdem noch hinzugekommen, daß nicht nur in Steiermark, sondern in allen Alpenländern eine große Futternot zu verzeichnen ist. Durch die Trockenheit war ein bedeutend schlechteres Ergebnis der Heuernte und fast gar kein Ergebnis der Grummefernte, und diese Futternot hat bewirkt, daß die Viehbestände Steiermarks ganz bedeutend reduziert werden mußten. Wir finden heute ein großes Angebot von Vieh, aber fast keine Nachfrage. Die Bauern, die damit gerechnet haben, aus dem Erlöse des Verkaufes von Vieh ihre Zwangsanleihequote bezahlen zu können, stehen vor dem Standpunkte, daß sie kein Bargeld haben und keines bekommen, weil sie ihr Vieh nicht anbringen können. Die Landwirtschaft hat erst in den Jahren 1921 und 1922 in

ihrem Viehbestande außerordentlich große Verluste durch das Auftreten der Maul- und Klauenseuche erlitten, welche Seuche sich heuer besonders in Obersteiermark ausgebreitet hat. Die Verluste, welche die Landwirtschaft dadurch erlitten hat, sind mit einem Betrage, der in die Milliarden geht, zu beziffern. Ich habe früher gesagt, die Landwirtschaft steht vor einer katastrophalen Lage und alle Leute, die sich mit landwirtschaftlichen Verhältnissen befassen, werden mir recht geben, wenn ich sage, daß dieser Zustand, wie er heute besteht, nicht wird lange aufrechterhalten werden können, da ja heute schon die Landwirtschaft, die Löhne, die heute bezahlt werden müssen, kaum mehr bestreiten kann. Wenn hier nicht Remedur geschaffen wird, wenn vielleicht neue sozialpolitische Lasten hinzukommen, welche die Bauern nicht ertragen könnten, weil sie bei einer kurzen Berechnung herausfinden, daß die Lasten mehr ausmachen als die Einnahmen, so wird es den Bauern genau so gehen wie in den schlechten Jahren 1860 und 1880, daß sie vom Kapital, von der Substanz werden leben müssen. Wir haben auch in den letzten Jahren Schwierigkeiten gehabt beim Export von Rindvieh; wir haben im Frieden exportiert nach Niederösterreich, Tschechoslowakei und Deutschland; durch eine Zeit hat die Regierung Schwierigkeiten gemacht, und die Herren der sozialdemokratischen Partei haben immer darauf hingewirkt, daß kein Vieh ausgeführt werde. Wir haben den Standpunkt vertreten, daß Schlachtvieh hier bleiben, aber Rindvieh wie früher nach Niederösterreich, Tschechoslowakei und Deutschland gehen soll. Heute hat sich die Situation so geändert, daß Deutschland überhaupt kein Vieh mehr nimmt, und auch die Tschechoslowakei kein Vieh mehr hineinläßt, und infolge der stark auftretenden ausländischen Konkurrenz fallen am St. Marger Markte von Woche zu Woche die Viehpreise, so daß dadurch die ohnehin schwierige Lage der Landwirtschaft immer größer wird. Bei uns haben wir immer Schwierigkeiten gehabt beim Export von Rindvieh, in der Schweiz hat man aber den Export von Rindvieh erleichtert und man zahlt dort pro Stück Rindvieh eine Exportprämie von 250 Franken. Sie sehen dort eine ungeheure Erleichterung, bei uns ungeheure Erschwerungen. Die Verhältnisse in der Landwirtschaft drängen dazu, daß die Agrarier in Zukunft eine etwas andere Stellung werden beziehen müssen, sie haben bisher ihre Interessen zu wenig energisch vertreten (Abgeordneter Leichin: „Das kann man nicht konstatieren!“), und dem muß zweifellos abgeholfen werden. Herr Kollege

Leichin, Sie sind natürlich mit uns unzufrieden, aber wir haben jedenfalls genau so wie die anderen Berufsstände das Recht, unsere Interessen rücksichtslos zu vertreten. Wir werden jedenfalls in Zukunft verlangen, daß die Landwirtschaft eine viel größere Berücksichtigung erfährt, wir werden verlangen, daß, wenn die Verhältnisse sich so weiter gestalten, unbedingt Schutzzölle für die landwirtschaftlichen Produkte, insbesondere für Vieh, eingeführt werden, wir werden verlangen, daß die Regierung Investitionskredite uns zur Verfügung stellt, damit wir eine Hebung unserer Produktion durchführen können durch vollkommene Änderung des Futterbaues und Einführung neuer Saatgutsorten, durch entsprechende Zuchtauswahl beim Melkvieh. Wir werden ferner verlangen müssen, daß die Lasten, welche man uns auferlegt, entsprechend gemildert werden, weil die Lasten, die Sie der Landwirtschaft zuschieben, von ihr nicht mehr ertragen werden können. Die derzeitige Lage ist eine außerordentlich schwierige, und es wird das hohe Haus sich wahrscheinlich sehr bald mit diesen agrarischen Fragen beschäftigen müssen, denn es geht nicht an, einen Berufsstand wie die Landwirtschaft einfach zugrunde gehen zu lassen. Die heute eingebrachte Anfrage zielt dahin, daß die Landesregierung gebeten wird, auf die ihr unterstehenden Organe einzuwirken, daß sie sich nicht nur an den reinen Buchstaben des Gesetzes halten, sondern auch die wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigen möchten. (Beifall bei den Bauernbündlern.)

Abgeordneter Pichler: Ich habe mich nur deshalb zum Worte gemeldet, um eine Behauptung des Herrn Abgeordneten Schreckenthal richtigzustellen. Er hat gesagt, daß heute nur mehr ein Preis von 1200 bis 1500 K für 1 Kilogramm Lebendgewicht gezahlt werde. Ich stelle fest, daß die Genossenschaft der Fleischhauer und die Eisenbahnerfleischhauerei in Bruck noch vorgestern einen Fleischpreis für 1 Kilogramm Lebendgewicht von 12.000 bis 15.000 K gezahlt hat. Bei uns in Bruck ist also der Preis nicht 1200 bis 1500 K, und das ist ein gewaltiger Unterschied mit der Summe, die Herr Abgeordneter Schreckenthal genannt hat. Herr Abgeordneter Schreckenthal hat weiter gesagt, daß es der Landwirtschaft so schlecht geht, weil die Preise fallen und die Landwirtschaft so schwere Opfer bringt. Dies wird nicht bestritten, aber ich muß feststellen, daß wir eine große Menge Menschen haben, Arbeiter und Angestellte, und Arbeitslose, die sich auch zu diesem Preise ein Stückchen Fleisch nicht vergönnt können, und daß

die Vieh- und Fleischpreise noch bedeutend heruntergehen müssen, um einer großen Menge Menschen die Möglichkeit zu schaffen, wenigstens einmal in der Woche ein Stückchen Fleisch kaufen zu können. Es ist richtig, Opfer werden von allen Teilen gebracht werden müssen; es geht aber nicht an, daß dies wieder nur auf dem Rücken derjenigen vor sich geht, die sich bei den früheren Lohnverhältnissen nichts ersparen konnten und denen, wenn sie mit 52.000 K Wochenlohn leben müssen, es schlechter geht als Ihren Berufskollegen, weil es ihnen nicht möglich ist, für Frau und Kind Brot und Milch kaufen zu können. Wenn auf der einen Seite verlangt wird, daß zur Sicherung Ihres Standes eingeschritten werden soll, müssen wir verlangen, daß etwas geschieht in der Fürsorge für die armen Kinder und Frauen und Arbeitslosen, die nirgends Arbeit finden können und mit wöchentlich 52.000 K nicht leben können. Das ist notwendig, denn ich bemerke, wir haben heute in Bruck und Kapfenberg 1700 Arbeitslose, und jeden Freitag werden 300 bis 400 aufs Pflaster geworfen, ohne Aussicht, eine Arbeit zu bekommen, ohne Aussicht auf Unterstützung. Sie haben keine Kohle und kein Holz, und wenn sie Arbeit haben wollen, müssen sie auf die Suche gehen und ihre Familien zurücklassen. Es ist viel Elend und Not vorhanden, und deshalb ist es notwendig, daß die Preise noch viel mehr werden sinken müssen, weil auch der Lohnabbau vor sich geht. 20 bis 30 Prozent sind beim Lohn bereits abgebaut, während bei vielen Ihrer Artikel dies nicht der Fall ist oder nur ein langsames Sinken der Preise zu bemerken ist. Ich sage dies nur deshalb, weil Herr Abgeordneter Schreckenthal bemerkt hat, sie werden nun ihre Interessen ebenso energisch vertreten, wie dies von unserer Seite geschehen ist, und ich stelle fest, daß wenn die Bauernbündler erklären, daß sie ihre Interessen bisher schlecht vertreten haben, wir sagen müssen, sie waren in vielen Beziehungen rücksichtslos genug, und wenn wir Arbeiter so rücksichtslos gewesen wären, dann wären Sie schon längst zusammengebrochen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter Sonnhammer: Die Tatsache, daß die Abhaltung eines Viehmarktes behördlicherseits verwehrt wurde, hat dazu geführt, daß von Seite eines Vertreters des Bauernbundes über diese Tatsache hinaus ein Notschrei laut geworden ist darüber, daß die Viehpreise gefallen sind und daß, wenn diese Erscheinung, verbunden mit noch ähnlichen zu erwartenden Erscheinungen, weiter auftritt, der Ruin des Bauernstandes zu erwarten steht. Die wirtschaftlichen

Gesetze, über die schon viel gesprochen worden ist und die auch bei der Besprechung in der Burg einen gewissen Rahmen in der Beratung eingenommen haben, wirken aus. Die allgemeine Industriekrise, die in den Nachbarländern viel früher bemerkt werden konnte als bei uns, hat in voller Intensivität auch in unserem Staate eingeseht, und es ist vollkommen klar, daß insbesondere auch die Landwirtschaft tatsächlich einen Schaden haben wird. Zur Zeit der Geldentwertung, jener Zeit, wo alle Wochen, alle Tage bei den Vieh- und Fleischpreisen eine Steigerung zu verzeichnen war, ist naturgemäß ein anderer Standpunkt bei den agrarischen Kreisen zu beobachten gewesen, aber heute, wo einmal das Gegenteil auswirkt, wird sofort auf diese Tatsache hingewiesen und darauf, daß der Bauernstand dem Ruin entgegengeht. Bei der Besprechung in der Burg ist auch erwähnt worden, daß an dem ungenügenden Ertragnisse der Bauernwirtschaft an Vieh und anderen Produkten vielfach die Tatsache schuld ist, daß der Zwischenhandel verteuern wirkt und dieser derart viel von dem Ertragnisse, von dem Verkaufspreise für sich in Anspruch nimmt, daß für den Bauern verhältnismäßig wenig übrig bleibt. Wir sehen dies auch aus der Debatte; Herr Abgeordneter Schreckenthal hat von einem Viehpreise von 1200 bis 1500 K gesprochen; ich bin nicht in der Lage zu konstatieren, ob dies richtig ist, ich nehme aber an, daß er wahrheitsgemäß gesprochen hat, und aus der Tatsache, daß nach den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Pichler in Bruck ein Verkaufspreis von 12.000 bis 15.000 K zu konstatieren ist, ersehen Sie schon, welche ungeheure, durch nichts gerechtfertigte Spannung in diesen beiden mitgeteilten Preissätzen liegt, und woher kommt diese Spannung? Zweifellos nicht nur von den Transportspesen, das kommt zweifellos vor allem davon, daß der Zwischenhandel derartig verteuern mitwirkt. Vor geraumer Zeit ist gerade von jenen Kreisen, denen die Herren des Bauernbundes am nächsten stehen, der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften ins Leben gerufen worden. Das ist eine große Institution in Graz geworden, sie beschäftigt mehr als hundert Angestellte, sie muß einen ziemlich großen Wirkungskreis haben, und Tatsache ist, daß dieser Verband auch recht gut funktioniert, was die Verteilung der Industrieprodukte an die Bauern anbelangt. Dieser Verband würde aber sehr gerne noch eine viel wichtigere Arbeit besorgen, er würde gerne und hätte die Aufgabe, zu besorgen, die Konsumenten und Produzenten einander näher zu bringen und den ungeheuren Zwischengewinn

der Händler, welche sich zwischen die Produzenten und Konsumenten hineinschieben und welche derartige unglaubliche Differenzen in den Preisen zwischen 1200 bis 1500 K auf der einen Seite und 6000 bis 7000 K auf der anderen Seite verursachen, auszuscheiden. Aber wenn man sich erkundigt, wie ist das möglich, oder wie kommt es, daß diese Tätigkeit vom Verbands noch immer nicht aufgenommen werden kann, so erfährt man von jenen Leuten, die als Fachleute zu betrachten sind, daß es der Landbevölkerung noch nicht beizubringen gewesen ist, daß sie ihre Produkte dem Verbands der eigenen Genossenschaft zur Verfügung stellen, welcher sie zum Verkaufe übernimmt, und direkt gegenüberstehen den Verbandsvereinigungen der Konsumenten, sondern daß der einzelne Bauer noch immer ein gewisses Herrenrecht darin erblickt, daß er sein eigenes Produkt individuell an den Händler verkauft. Und wie schaut dieser Verkauf aus? Wenn der Bauer das Vieh an den Fleischauger verkauft, so geschieht es bei den üblichen Lizen Wein, nicht der Bauer diktiert den Preis, sondern den Preis diktiert der Fleischauger und der Händler, und auch die ganzen übrigen Umstände und auch der Alkoholgenuß trägt nicht dazu bei, daß der agrarische Produzent in der Lage ist, seinen Standpunkt besonders gut durchzusetzen. Ähnlich ist es mit dem Getreide und mit dem Mehl. Es muß sicherlich eine wichtige Aufgabe sein, daß diejenigen Kreise, die als Führer der Bauernparteien dastehen, ihren Wählern beibringen, daß sie letzten Endes durch einen Vorgang, wie er heute stattfindet, durch dieses Aufzücken der Zwischenhändler, durch das Festhalten an solchen überlebten und schädlichen Vorkommnissen, sich selbst schwer schädigen, daß sie endlich davon abkommen müssen. Das müssen Sie ihnen beibringen, an diese Aufgabe müssen Sie sich machen, und es wäre begrüßenswert, wenn Sie in der Praxis mit einem derartigen Wirken für alle Konsumentenkreise sichtbar in Erscheinung treten würden. Diese Worte möchte ich mir erlauben an die Herren zu richten.

Abgeordneter Jenz: Hohes Haus! Es ist gewiß eine etwas heikliche Sache, die Preisfrage öffentlich zu behandeln, und es gehört ein allseitiger guter Wille dazu und das aufrichtige Bestreben, sich gegenseitig zu verständigen und gerecht zu werden, um die Erörterung dieser Frage in entsprechender Form abzuwickeln. Und zu meiner großen Freude kann ich feststellen, daß von den bisherigen Rednern bisher jeder Anlaß zu irgendwelchen Aufreizungen in diesem Hause vermieden worden ist. Ich möchte nur die Gelegenheit

wahrnehmen, um meinen Teil dazu beizutragen, vielleicht einige Aufklärungen, die ich als mißverständliche Auffassungen von anderer Seite wahrgenommen habe, zu geben. Es haben einige Herren von der anderen Seite es nicht recht verstehen können, daß gesagt worden ist, die Viehpreise stünden auf einer so niedrigen Stufe von 1200 bis 1500 K, höchstens 2000 K, und ist dem entgegengerufen worden 6000 bis 7000 K oder auch noch mehr. Meine Herren, wir müssen uns vor Augen halten, daß dieser Preis von 6000 bis 7000 K oder auch höher der Preis ist für Fettvieh oder zumindestens eingefettetes, stark eingefleischtes Vieh. Nun hat aber nicht jeder Bauer Fettvieh zu verkaufen, sondern viele und leider sehr viele Bauern sind gezwungen, mageres Vieh zu verkaufen, und es bildet der Verkauf dieses mageren Viehes für sie die einzige Einnahmequelle für den Verlauf eines ganzen Jahres, wenn nicht für zwei Jahre. Wer die bäuerlichen Verhältnisse kennt, weiß, daß die Bauern gerne ihr Vieh mästen möchten zum Verkaufe, allein es ist ihnen unmöglich, auf der einen Seite wegen der ungeheuren Futtermittel im heurigen Jahre, auf der anderen Seite wegen des großen Mangels an Kraftfutter, an Getreide, entweder wegen des Hagels oder auf der anderen Seite wegen anderer Mißernte oder überhaupt Mangel an Getreide. Es sind nun diese Bauern gezwungen, ihr Vieh im mageren Zustande zu verkaufen, und dafür bekommen sie, wie es sich aus vielen, vielen Beispielen aus allen Gebieten des Landes erweisen läßt, einen Preis von 1200, 1500 oder höchstens 2000 K. Für die Beurteilung der Einnahmequellen der Bauern müssen diese Verhältnisse auch in Betracht gezogen werden, denn diese Gattung von Bauern bildet vielfach die Mehrzahl der Verkäufer. Jene, welche Fettvieh zu verkaufen haben, befinden sich in der Minderheit. Ich kenne Fälle, wo Bauern in entlegenen Gegenden ihr Vieh verkaufen wollten und der Händler nicht in der Lage war, das Vieh abzunehmen, weil die Transportkosten zu den Konsumorten, sei es nach Graz oder anderen Orten in Steiermark, höher gestanden sind, als dann für das Vieh beim Wiederverkaufe am Markte hätte eingenommen werden können, und so mußte den Bauern das Vieh bleiben. Ich bin da auf einen wunden Punkt, der ungeheuer störend in unsere Volkswirtschaft einwirkt, zu sprechen gekommen, das sind die hohen Frachtkosten. Schauen Sie, meine Herren, wenn die Frachtkosten so ungeheuer sind, wie es gegenwärtig der Fall ist, ist es jetzt vielfach den Bauern unmöglich, ihre Erzeugnisse weiter zu verkaufen. Wir haben diese Er-

scheinung bei Obst, Kartoffeln, bei Vieh und dergleichen, wir haben sie sogar bei freiwilligen Spenden. Viele Konsumenten sind nicht einmal in der Lage, ein Geschenk vom Lande herein anzunehmen, weil ihnen die Zufendung dieses Geschenkes an Lebensmitteln zu hoch kommt. Ich weiß von einer Unternehmung; die hat vor 14 Tagen einen Waggon Kunsdünger von Elsaß-Lothringen bestellt und da kostete die Fracht von Elsaß-Lothringen nach Graz 1.300.000 K. Dieselbe Unternehmung hat Salz bestellt von Russen und da kostete die Fracht von Russen nach Graz für einen Waggon Salz 5 Millionen Kronen und von Graz bis Birkfeld 2 Millionen Kronen. Wenn also die Bewohner von Birkfeld einen Waggon Salz bestellen, müssen sie 7 Millionen Kronen an bloßen Frachtspeisen bezahlen. Meine Herren, das ist ein Faktor, der die Lebensmittel ungeheuer verteuert, und dieser Umstand wird bei den berechtigten Klagen, die man so oftmals ganz unwillkürlich, ungewollt und bei jeder Gelegenheit auf der Gasse hören kann über die Preise der verschiedenen Erzeugnisse, ganz außeracht gelassen. Neben den hohen Frachtspeisen sind es nicht letzten Endes auch die hohen Konsumsteuern, die in Graz zu entrichten sind, die die Lebensmittel auf dem Grazer Markte nicht unbedeutend erhöhen und die dann von auswärtigen Fleischbauern und dergleichen wieder als Richtschnur für den Verkauf ihrer Erzeugnisse genommen werden, die diese hohen Steuern und Frachten nicht zu zahlen haben. Sie nehmen sich dieselben als Richtschnur, und der Bauer ist dabei derjenige, auf den sich dann die Wut und die berechtigten Klagen entladen, während aber andere den hohen Gewinn einstecken, der Bauer aber für seine Erzeugnisse nichts bekommt. Und wenn wir die Preisfragen weiter verfolgen, so muß ich Ihnen, meine Herren, rechnungsgemäß folgendes darlegen, daß die Einnahmen des Bauern gegenwärtig das Mittel haben zwischen dem ungefähr 6000- bis 12.000 fachen der Friedenseinnahmen, die Ausgaben aber zwischen dem 20.000- bis 40.000 fachen seiner Friedensausgaben bei den Industrieerzeugnissen. Man hat sich in der letzten Zeit sehr stark angewöhnt, nach der Goldparität zu rechnen. Ich habe Rechnungen gesehen von Handwerkern, die die Rechnung einfach folgendermaßen ausstellen: Friedenspreis soviel Kronen mit 15.000 multipliziert. Das sind die Ausgaben, die die Bauern zu leisten haben und demgegenüber steht vielen Bauern eine Einnahme vom 1500- bis 2000 fachen der Friedenseinnahmen, weil die mageren Ochsen oder die mageren

Kühe ihre einzige Einnahmequelle für das ganze Jahr bilden.

So, meine Herren, stehen vielfach die Verhältnisse am Lande draußen, und es bewahrheitet sich leider meine düstere, traurige Befürchtung, die ich im Jahre 1916, also zu einem Zeitpunkte, wo ein scheinbarer Aufschwung eingetreten ist, in einer öffentlichen Versammlung in Graz ausgesprochen habe: „Mir ist bange um die Zukunft des Bauernstandes, und es wird nicht lange dauern, so wird nach dem Kriege ein großer Teil der Bauern viel mehr verschuldet sein, als es vor dem Kriege der Fall war.“ Und ich kann Ihnen, meine Herren, zahlreiche Beispiele bringen, daß viele, viele Bauern, um ihre Zwangsanleihe zu entrichten, jetzt bereits Schulden machen mußten. Wie sie nun bei der kommenden Belastung durch den Wiederaufbau herauskommen werden, das ist eine andere Frage. Ich will nun, meine Herren, bei Ihnen nicht etwa Mitleid erwecken, das fällt mir nicht ein, ich möchte aber an Sie alle die Bitte stellen, daß Sie diese volkswirtschaftlichen Vorgänge auch objektiv beobachten und trachten, sich gegenseitig zu verstehen, und daß Sie auch durch gemeinsame Arbeit trachten, jenen Weg zu finden, der allen das Leben möglich macht. (Beifall.)

Landesrat Winkler: Hoher Landtag! Die Landtage haben immer die Aufgabe gehabt, sich speziell mit den Fragen der Landeskultur und der Landwirtschaft zu beschäftigen. Wenn wir heute durch eine Anfrage darauf hingewiesen haben, daß es vor allem notwendig ist, alles dasjenige zu ermöglichen, was Angebot und Nachfrage erleichtert, Tauschmöglichkeiten zu schaffen, um den Viehabsatz zu fördern, so geschah dies auch deshalb, um über dieses Problem noch einige weitere Worte zu verlieren. Es geschah dies aber auch deswegen, weil die derzeitige Absatzkrise von derart einschneidenden Folgen begleitet und derart wichtig ist, daß deren Erörterung notwendig erscheint. Wenn wir unsere heutigen Absatzpreise in Goldkronen erstellen und mit den Zahlen in Friedenshellern vergleichen, so kommen wir zu folgenden Verhältnissen: für fette Ochsen, die heute 8000 K kosten — dabei mache ich aufmerksam, daß neuerdings auf dem St. Marger Viehmarkte große Preisstürze eingetreten sind —, sehen wir bei Umrechnung in Friedenshellern folgende Parität: Im Frieden 100 Heller, heute 53 Heller; für Weindvieh im Frieden 40 Heller, heute 17 Heller; für Jungochsen 100 Friedensheller, heute 40 Heller; für frischmelkende Kühe im Frieden 120 Heller, heute 40 Heller. Bei Schafen ist das besonders kraß: Friedenspreis 80 Heller, heute 20 Heller. Sie sehen, hochverehrte

Damen und Herren, daß, obwohl ich die letzten Preissätze vom St. Marger Markt nicht in Rechnung gezogen habe, die Preissätze für Vieh derartig katastrophal sind, daß es unmöglich ist, wenn die übrigen Bedarfsartikel für die bäuerliche Wirtschaft auf dieser Höhe verbleiben, das Gleichgewicht in den bäuerlichen Betrieben aufrechtzuerhalten. Ich möchte auch darauf verweisen, daß die Frachtspeisen bereits eine derartige Höhe erreicht haben, daß ihre Auswirkungen bereits besonders einschneidende sind. Ein Waggon Rindvieh von Feldkirch in Vorarlberg nach Graz, das sind 637 Kilometer, kostet 3.392.000 K. Bei zehn Rindern in einem Waggon ergibt sich eine Fracht von 339.000 K pro Stück oder von 680 K pro Kilo Lebendgewicht. Ein zweites Beispiel: ein Waggon Schlachtvieh von Neumarkt nach St. Marg, das sind 309 Kilometer, kostet 2.006.000 K an Frachtspeisen, das macht bei je 500 Kilo Lebendgewicht 400 K pro Kilo. Wenn man den jetzigen Preis von Beindvieh mit 2000 K ansetzt, so können sich die Mitglieder des hohen Hauses leicht vorstellen, daß die Frachtspeisen fast ein Fünftel des Warenwertes in Anspruch nehmen. Ein drittes Beispiel: ein Waggon Schafe von Radstatt (also Schladming) nach Graz-Karlau, das sind 221 Kilometer, kostet 1.898.000 K. Ein Waggon von sechzig Schafen wiegt 1800 Kilogramm und hat einen Einkaufswert von 5,4 Millionen Kronen. Die Belastung durch die Bahnfracht beträgt pro Kilogramm Lebendgewicht 1054 K oder ein Drittel des Wertes der Ware. Wenn die Bahnstrecke 627 Kilometer betragen würde, zum Beispiel Bludenz—Wien, würde die Bahnfracht den Warenwert völlig aufzehren. Sie sehen mithin, daß es sich tatsächlich um eine sehr ernste Krise bezüglich des Absatzes agrarischer Produkte handelt und daß es notwendig ist, darauf zu verweisen, daß die Ursachen hievon vielfacher Natur sind. Ich erkläre ganz ausdrücklich, daß die Landwirtschaft die Sanierung unserer Verhältnisse auf das lebhafteste begrüßt und daß sie auch die weitere Stabilisierung unserer Krone in der nächsten Zeit wünscht. Wir begrüßen den Preisabbau und den Übergang zu normalen Verhältnissen, wir sind aber besorgt, daß trotz des bedeutenden Preisabbaues bei den agrarischen Produkten der Preisabbau bei den agrarischen Bedarfsartikeln, welche die ländlichen Konsumenten und Betriebe brauchen, nicht in dem Maße vor sich geht, welches notwendig wäre, um auch in diesen bäuerlichen Betrieben für die nächste Zeit das Gleichgewicht aufrechtzuerhalten zu können. Meine verehrten Damen und Herren! Die Ursachen dieser Krise, die sich geradezu

als eine Katastrophe äußert, sind sehr verschiedener Natur: vor allem ist das große Angebot auf den österreichischen Märkten und das Hereinfluten ausländischer Ware daran schuld, und zwar deswegen, weil die Nachbarstaaten Ungarn, Rumänien und die Tschechoslowakei jetzt darangehen, ihre Viehbestände nach Österreich zu exportieren. Das hat nun mannigfache Gründe. Diese Staaten haben in den letzten Jahren den Export zurückgehalten, teilweise aus politischen Gründen, teilweise aus Sekkatur, und auch aus valutarischen Gründen haben sie dem Export Schwierigkeiten bereitet, zudem war auch der Hochstand der ausländischen Valuta und der Tiefstand unserer Krone ein natürlicher Schutzoll. Dadurch nun, daß diese Staaten einen gleichmäßigeren Kurs der Krone in Zürich ersehen, gewinnen auch unsere Nachbarstaaten zur österreichischen Krone wieder mehr Vertrauen, und diese Tatsache ist mit eine Ursache der Überflutung des österreichischen Marktes durch ausländische Ware. Durch die Preisbestimmung auf dem St. Marger Markte treten dann die nicht zu rechtfertigenden Preissätze ein, die in keinem Verhältnisse zu jener Relation zwischen den Einnahmen und Ausgaben in der Landwirtschaft stehen und die unter allen Umständen zum Ruin der Landwirtschaft führen müssen. Da kommen wir nun auf ein Kapitel zu sprechen, das nach unserer Auffassung für unsere ganze Volkswirtschaft von der ausschlaggebendsten Bedeutung ist: die Frage unserer Zollpolitik. Ich habe vor vielen Jahren schon dargetan, daß dieser Zeitpunkt bald wieder eintreten müssen, wo die österreichische Landwirtschaft, da sie gegenüber dem Auslande nicht konkurrenzfähig ist, — und warum sie nicht konkurrenzfähig ist, werde ich noch schildern — eines unbedingten Zollschutzes bedarf. Der Zollsatz vom Jahre 1906 ist bekanntermaßen suspendiert und bei der Regierung beziehungsweise im Finanzausschuß wurde eine Entschließung, eine Formel angenommen, nach welcher die Lebensmittelszölle suspendiert bleiben. Man hat da von einem Geschenk an die Agrarier gesprochen, hat dabei aber ganz darauf vergessen, daß die Regierung auch 165 Millionen Goldkronen an die Industrie durch ihre Industrieszölle verschenkt hat. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch besonders darauf verweisen, daß wenn die Absatzkrise nicht zu einer Katastrophe werden soll, wird die Allgemeinheit auch Wert darauf legen müssen, daß die österreichische Landwirtschaft vor der ausländischen Konkurrenz geschützt werden muß. Das, wogegen wir uns wenden, sind die hohen Industrieszölle, die die Einfuhr

aller Eisenwaren und sonstiger bauerlicher Bedarfsartikel nicht gestatten, während wir die volle Einfuhr agrarischer Produkte im größten Ausmaß über uns ergehen lassen müssen. Das bringt natürlich ein Manko zwischen Ausgaben und Einnahmen in unseren bauerlichen Betrieben. Dem, was Abgeordneter Sonnhammer gesagt hat, stimme ich zu und werde ich noch Gelegenheit nehmen, auf seine Ausführungen zu sprechen zu kommen. Die Zollfrage ist deswegen von so großer und ausschlaggebender Bedeutung, weil es nur durch ihre gründliche Lösung möglich sein wird, unsere Landwirtschaft, insbesondere die unserer Alpenländer, auf ihrer derzeitigen Höhe zu erhalten. Wenn nun viele einwenden, wie so es denn möglich ist, daß die rumänischen Bauern trotz der langen Bahnstrecke, die ihre Produkte zu laufen haben, billiger arbeiten können, als die österreichische Landwirtschaft, so muß ich darauf sagen, das war im Frieden so und ist auch heute nicht anders, da es für die alpenländische Landwirtschaft und auch für die gesamte österreichische Landwirtschaft ganz ausgeschlossen ist, mit den südlichen oder südöstlichen Staaten in Konkurrenz zu treten. Der Grund hiefür liegt darin, daß unser Klima und unsere Lage, insbesondere die gebirgige Lage, viel schwerere Produktionsbedingungen schafft, als wie das da unten der Fall ist. Die Anwendung von Maschinen ist meist nicht möglich und die Düngung muß eine viel stärkere sein gegenüber jener nährstoffreicheren Humuserde im Süden oder Südosten Europas, wo die Natur bei bedeutend größerer Anspruchslosigkeit der Menschen denselben auch ganz andere und geringere Aufgaben stellt, als das für den österreichischen oder alpenländischen Bauern der Fall ist. Auch die Belastung in bezug auf Steuern und Abgaben ist dort eine weit geringere als bei uns und so ergibt sich der jetzige Zustand, daß tatsächlich die österreichische Landwirtschaft wieder in eine außerordentlich krisenhafte Zwangslage geraten ist. Ich möchte daher das hohe Haus bitten, gerade dieser Frage seine ganze Aufmerksamkeit zu schenken und besonders deswegen, weil in der Konsumentenöffentlichkeit das Wort „Schutzoll“ geradezu zu einem roten Tuch geworden ist, aber mit Unrecht, da wir nichts anderes verlangen, als daß in diesem Staate gleiches Recht für alle gilt (Abgeordneter Pichler: „Heben wir die Schutzzölle überhaupt auf!“). Bitte sehr, aber wenn wir keinen Agrarzoll haben, dann müssen auch die Industriezölle aufgehoben werden. Entweder sind wir ein Einheitsstaat oder ein Staat eines einseitigen Schutzzollens. Dann aber wird das eintreten, was schon viele

gesagt haben, daß der eine Teil dem Untergange zugerieben werden wird. Es ist notwendig geworden, diese Schutzollfrage vorerst hier zu erörtern, da in Bälde auch der Nationalrat Gelegenheit haben wird, sich mit diesen Dingen zu beschäftigen und ich glaube, in dieser Frage werden auch wir im Landtag vom Nationalrat gehört werden müssen, indem gerade die Landtage bezüglich der landeskulturellen Angelegenheiten die Aufgabe haben, sich mit derartigen Dingen zu beschäftigen. Auf der anderen Seite hat die Frage, warum gerade jetzt Angebot und Nachfrage so groß sind, ihre Ursache darin, daß zweifellos in der letzten Zeit vielfach der Fleischkonsum zurückgegangen ist, deswegen, weil auch jene Produkte des Landwirtes, Kartoffeln, Obst u. dgl. bedeutend billiger geworden sind und zudem in dem sehr schwämmereichen Jahre der Fleischgenuß durch Schwämmegenuß ersetzt wird. Auch Fische spielen in dieser Richtung eine bedeutende Rolle. Wir meinen daher, daß eben gerade dadurch, durch die Zwangsabgabe infolge der Futternot, durch die Einschränkung des Fleischkonsums, durch die Unmöglichkeit der Ausfuhr nach Ungarn und der Tschechoslowakei, die sich schützen gegen die Einfuhr und besonders dadurch, daß für die Tschechoslowakei, die seinerzeit große Mengen an einstellungsfähigen Ochsen aufgenommen hat und für Deutschland die Ausfuhr wegfällt, die Verhältnisse für die Landwirtschaft geradezu katastrophal werden. Es ist bedauerlich, daß im Sanierungsprogramme für Vieheexporte Abgaben vorgesehen sind. Es könnte der Landwirt sich auf den Standpunkt stellen, seine Qualitätsware im Ausland abzusetzen. Wir haben im Alpengebiet hochwertiges Zuchtvieh, das wir heute auf den Markt Marger Schlachtwiehmärkte bringen müssen, weil wir für unser hochwertiges Vieh nicht mehr jene Verwendung wie im Frieden zu finden in der Lage sind. Die Frage hat aber noch eine andere Seite. Wir haben seinerzeit, als die Höchstpreise bestanden haben, als man durch Höchstpreise ein Hinauffchnellen der Preise verhindern wollte, erklärt, daß der Staat nur dann das moralische Recht in Anspruch nehmen dürfe, Höchstpreise vorzuschreiben, wenn er auf der anderen Seite Mindestpreise garantiert. Wir haben damals zu unseren Forderungen nur Lächeln gefunden. Wir sehen aber heute und müssen konstatieren, daß gerade diese Forderung schon seinerzeit berechtigt und daß unsere Politik damals eine sehr richtige war. Wir haben damals gegen die Ländersperrstellung genommen, weil wir sagten, es müsse in einer Zeit, wo es möglich wäre, Reserven zu sammeln, auch dem

Landwirte dies ermöglicht werden. Heute drängt sich uns die Frage auf, wenn das Parlament in Wien nicht imstande ist, in dieser Richtung einen Schutz zu bieten, dann werden wir den Spieß umkehren müssen, weil seinerzeit trotz Verfassungsgesetz eine Ländersperre bestand und wir vielleicht auch heute von diesem Rechte Gebrauch machen müssen. Ich wollte dem hohen Hause in sachlicher Erörterung der ganzen Frage eine Darstellung geben über die zurzeit in der Landwirtschaft herrschenden Verhältnisse, über die Ursache dieser Krise, und ich wollte insbesondere Wert darauf legen, daß man dieser Frage, die gewiß mit allgemeinen ökonomischen Erscheinungen im Zusammenhange steht, auch im Landtage ein besonderes Augenmerk widmet.

Abgeordneter Leichin: Hohes Haus! Wir wissen ganz gut, daß es sich gegenwärtig nicht nur um eine Industriekrise handelt, sondern daß wir auch in einer Krise der Landwirtschaft stecken. Wir wissen sehr gut, daß wir suchen müssen, aus dieser Krise durch ein gegenseitiges Verständnis irgendwie herauszukommen. Nun können Sie ohneweiters annehmen, daß wir Sozialdemokraten, die wir in der Mehrheit industrielle Arbeiter zu vertreten haben, immer den agrarischen Fragen und der Landwirtschaft ein großes Interesse entgegengebracht haben, daß wir mit großer Vorliebe die landwirtschaftlichen Verhältnisse immer wieder studierten. Es wundert uns gar nicht, daß heute diese Klagen über die Krise, die in der Landwirtschaft herrscht, vorgebracht werden. Wir haben schon in diesem Hause wiederholt darauf verwiesen, daß wir in allernächster Zeit vielleicht eine Krise bei der Landwirtschaft erleben werden und in demselben hohen Hause, in dem der Herr Kollege Hartleb gerufen: „daß Sie nie nach Landwirtschaftszöllen Verlangen haben“, haben wir erklärt, daß vielleicht schon in allernächster Zeit die Agrarier zum Schutze der Preise ihrer Landwirtschaft nach Zöllen rufen werden. Wir müssen schon einen kurzen Moment zurückblicken. Wir haben während des ganzen Krieges und nach dem Kriege eine Zwangsbewirtschaftung der agrarischen Produkte gehabt. Diese Zwangswirtschaft war unter diesen Verhältnissen nicht für jeden Landwirt angenehm. Jeder Landwirt hat gesucht, diese Zwangswirtschaft los zu werden. Wir haben darauf hingewiesen, daß diese Zwangswirtschaft von agrarischen Kreisen sehr leicht könnte benützt werden, um die Landwirte für das Genossenschaftswesen zu erziehen. Es war in der Nationalversammlung, wo wir bei der letzten Kontingentierung des Getreides versucht haben, daß ausschließlich landwirtschaftliche Genossenschaften

das Recht haben und dazu verpflichtet werden sollen, das Getreide von den Landwirten einzusammeln und es dem Staate abzuliefern. Wir geben zu, daß diese Zwangswirtschaft unangenehm war (Abgeordneter Schreckenthal: „Verderblich war!“), aber wir glauben ganz sicher, wenn die Landwirtschaft diese Zwangswirtschaft damals benützt hätte, um sich eine Organisation bei den Landwirten zu schaffen, den Landwirt von der individuellen Wirtschaftsführung hinauszuführen und zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung überzuleiten, hätten Sie auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Konsumgenossenschaften sehr viel erreichen können. Ich verweise Sie auf einen Artikel, den mein Parteigenosse Dr. Bauer im Vorjahre geschrieben hat. In diesem Artikel hat unser Genosse Bauer darauf verwiesen, daß unter bestimmten Voraussetzungen es Interesse und Pflicht ist, daß wir gewisse Höchstpreise den Landwirten garantieren müssen. Aus dieser Bemerkung geht hervor, daß auch wir solchen Höchstpreisen nicht abgeneigt waren und nicht abgeneigt sind, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben sind. Diese können nur gegeben sein in einem Zusammenarbeiten der Konsumenten auf der einen Seite und der Produzenten, der Landwirte, auf der anderen Seite. Das wäre vielleicht schon jetzt möglich, wenn Sie dafür gesorgt hätten, große genossenschaftliche Organisationen zu bilden, den Agrarier in genossenschaftlichem Sinne zu erziehen, dann wäre es vielleicht schon möglich, daß Sie heute unter diesem Preisdrucke nicht so sehr zu leiden hätten, wie Sie tatsächlich heute leiden. Das, was die Herren angeführt haben, daß die Preise niedrig sind, das geben wir zu und mein Kollege Sonnhammer hat darauf verwiesen, daß der Hauptanteil an der Differenz zwischen dem Fleischpreise, den der Konsument bezahlt, und dem Viehpreise, den der Bauer bekommt, der Zwischenhändler einsteckt. Dieser Zwischenhandel könnte ausgeschaltet werden, wenn Sie die Verhältnisse benützt hätten, um auf den Landwirt erzieherisch zu wirken und ihm zu sagen: Du allein darfst nicht abliefern, darfst nicht verkaufen unter der Voraussetzung, daß Du mit Rücksicht auf die Not höhere Preise bekommst, sei nicht so kurzfristig; die Höchstpreise werden bald verschwinden und dann wird die freie Konkurrenz eintreten. Diese haben Sie gewollt. Sie haben gesagt, weg mit dieser Zwangswirtschaft, freie Konkurrenz, dann, wenn wir diese haben, dann werden wir nicht mehr über die hohen Vieh- und Fleischpreise zu klagen haben, dann werden die Preise sinken. Wir haben auf die Folgen damals

verwiesen. Aber Sie waren kurzfristig genug, für die allernächste Zeit die hohen Preise, die Sie damals hofften, noch zu steigern, zu erhalten. Sie waren kurzfristig genug, nur allein auf diese hohen Preise zu bauen und haben nicht in die Zukunft gesehen, daß Sie unter der Konkurrenz der Einfuhr bei Änderung der valutarischen Verhältnisse, ungeheuer leiden werden. Es ist daher verfehlt, jetzt einfach zu erklären: Wir müssen mit aller Rücksichtslosigkeit suchen, für die Interessen der Landwirte zu sorgen, während Sie die beste Gelegenheit durch eigene Schuld versäumten. Ich glaube, Sie haben schon damals mit aller Rücksichtslosigkeit für Ihre Interessen gesorgt und haben die Verhältnisse Sie blind gemacht für wirtschaftliche Erscheinungen, aus denen Sie leicht hätten lernen und zum Nutzen der Landwirtschaft hätten anwenden können. Wenn der Herr Abgeordnete **Schreckenthal** auf eine Bemerkung des Abgeordneten **Pichler** sagt, daß Sie rücksichtslos für die Interessen Ihrer Kreise eintreten werden, daß auch diese Rücksichtslosigkeit Sie wieder nur blind macht für die derzeitigen wirtschaftlichen Krisenerscheinungen. Alle Kreise leiden darunter. Die agrarischen Kreise, die Landwirte leiden genau so wie die Städter unter der wirtschaftlichen Krise. Da wäre es notwendig, daß man nun versucht, weil diese wirtschaftlichen Verhältnisse nicht mit Gewalt beseitigt werden können, sich darüber zu verständigen, wie man die wirtschaftliche Not abschwächen kann. Die Klasseninteressen und Klassengegensätze werden dadurch nicht gemildert. Aber wir wollen uns in dieser Frage verstehen lernen und dadurch wäre es möglich, daß wir uns gegenseitig dienen könnten, ohne von unserem Parteistandpunkte abgehen zu müssen. Die landwirtschaftlichen Kreise werden aus der letzten Zeit lernen müssen, um zum entsprechenden Handeln zu kommen. Sie werden eine Organisation aufbauen müssen, mit der es ihnen möglich ist, in allen Industriestädten mit Hilfe der Arbeiter Genossenschaften aufzurichten, womit sie das Vieh des Bauern direkt dem Konsum zuführen und einen entsprechenden Preis den Bauern sichern. Damit würden Sie die Viehhändler ausschließen, würden aber auch einen Teil von Gewerbetreibenden ausschließen, die nur vom Schweiß der Arbeit des Landwirtes und des Arbeiters leben, an deren Erhaltung kein Teil ein Interesse haben kann.

Abgeordneter Steinberger: Herr Abgeordneter **Sonnhammer** hat an die Vertreter der landwirtschaftlichen Bevölkerung die Aufforderung gerichtet, auf die Bauern so einzuwirken, daß sie ihre Produkte

mehr und mehr im Genossenschaftswege verwerthen, und der Herr Vorredner hat im gleichen Sinne gesprochen. Ich kann Sie versichern, daß wir uns in dieser Auffassung vollständig treffen. Sie haben darauf hingewiesen, daß die Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens im Interesse der Konsumenten gelegen sei. Sie haben damit festgestellt, daß die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften auch für die städtische, industrielle Bevölkerung eine Notwendigkeit sei und wir finden darin mindestens eine ebensolche Notwendigkeit für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Zudem möchte ich darauf hingewiesen haben, daß die Entwicklung des Genossenschaftswesens vor allem eine Bildungsfrage ist. In dem Maße, als das landwirtschaftliche Bildungswesen in unserem Lande sich entwickelt, im gleichen Maße wird auch die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften vor sich gehen. Diese Bildungsarbeit wird geleistet in den landwirtschaftlichen Schulen.

Meine Herren, die Sie Konsumentenvertreter sind, aus diesem Grunde bitte ich Sie, fördern Sie, so oft Sie Gelegenheit dazu haben, unsere landwirtschaftlichen Schulen und wenn Anträge auf Ausgestaltung dieser Schulen gestellt werden, unterstützen Sie uns, damit werden Sie ihren Zweck fördern. Die breiten Schichten der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die große Masse der bäuerlichen Bevölkerung ist nicht in der Lage, eine landwirtschaftliche Schule zu besuchen und für diese haben wir die bäuerlichen Fortbildungsschulen. Zu ihrer Ausgestaltung und Verbreitung hat der Landtag ein eigenes Organ geschaffen, das ist das steiermärkische Landesamt für bäuerliche Volksbildung, dessen Direktor zu sein ich die Ehre habe. Ich möchte diesen Anlaß hier benützen, um zu sagen, wenn Sie wünschen, daß die Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens möglichst rasch vor sich gehe, dann fördern Sie unsere landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen, unterstützen Sie uns, wenn wir mit Anträgen kommen zur Ausgestaltung des landwirtschaftlichen Bildungswesens für die breiten Schichten der bäuerlichen Bevölkerung. Ich kann bemerken, daß sich die bäuerlichen Fortbildungsschulen bereits sehr günstig entwickeln, wenn wir im Jahre 1919 eine solche Schule im Lande hatten, so hatten wir im letztem Winter bereits deren 31 und wir haben die Hoffnung, daß sie sich in diesem Winter noch weiter vermehren werden. (Rufe: „Bravo!“)

Abgeordneter Hartleb: Ich habe mich nur zum Worte gemeldet, weil es dem Kollegen **Winkler**

nicht mehr möglich war, auf die Ausführungen des Herrn **Sonnhammer** zurückzukommen; gleichzeitig möchte ich auch einiges richtigstellen, was Herr **Leichin** vorgebracht hat. Herr **Sonnhammer** hat, wie schon der Herr Vorredner ausgeführt hat, an uns die Aufforderung gerichtet, wir sollen alles daran setzen, um die Verwertung der landwirtschaftlichen Produkte in die Tätigkeit unseres Genossenschaftswesens einzubeziehen. Wenn Herr Abgeordneter **Sonnhammer** über die diesbezüglichen Bestrebungen, die uns ja schon lange beschäftigen, unterrichtet sein würde, müßte er zugeben, daß wir nichts unterlassen haben, um dieses auch uns erstrebenswerte Ziel zu erreichen. Aber ich möchte Herrn **Sonnhammer** zu bedenken geben, daß es da Hindernisse zu überwinden gibt, die nicht so leicht von Fernestehenden abgeschafft werden können. Wir haben nicht so sehr das Konservative, das Allhergebrachte im Bauernstande, das, was er einmal gewohnt ist, von altersher getan hat, weiter zu tun, zu überwinden, wir haben vielmehr die Widerstände tausender von Händler zu überwinden, die nach dem Kriege sich in Steiermark auf allen Gebieten breit gemacht haben. Es ist ja bekannt, daß in der Nachkriegszeit, wo es jedem Händler viel besser gegangen ist als dem Arbeiter, ob er nun in der Landwirtschaft oder anderswo gearbeitet hat, sich eine Masse Händler gebildet hat und dieses Heer von Händlern hat nun das allergrößte Interesse daran, der landwirtschaftlichen Verwertungstätigkeit alle möglichen Hindernisse entgegenzustellen und bietet durch die reichlich zur Verfügung stehenden Mittel alles auf, um uns dieses Ziel unerreichbar zu machen. Wir sind aber fest gewillt, den Weg, den wir einmal eingeschlagen haben, auch weiter beizubehalten. Was nun die Verwertung des Viehs anbelangt, so glaube ich, daß Herr **Sonnhammer** übersehen hat, daß wir ja eine Genossenschaft, vielmehr eine Gesellschaft für Viehverwertung in Steiermark haben, und zwar die Viehverwertungsgesellschaft, an der auch der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften beteiligt ist. Wir haben bisher und werden auch in Zukunft auf diesem Standpunkte bleiben, es für unrichtig gehalten, neben der Viehverwertungsfelle, an welcher das Land und der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften als Gesellschafter beteiligt sind, eine zweite Viehverwertung zu schaffen, weil dies die Tätigkeit des Institutes nur gefährden könnte, jedenfalls werden aber der Verband und alle Genossenschafter gerne dem Ziele zustreben, welches empfehlenswert bezeichnet wird, es wird nichts unter-

lassen, um das Genossenschaftswesen möglichst zu fördern und auszubauen. Ich möchte nur auf die Ausführungen des Herrn **Leichin** zu sprechen kommen und auf jene antworten, in welchen er gesagt hat, daß ich in der steirischen Landstube den Ausruf getan habe, „wir wollen nie mehr Schutzzölle verlangen!“ Ich gebe zu, diesen Ausruf getan zu haben, aber es waren hiezu auch die Voraussetzungen vorhanden, denn ich habe damals gesagt: „Wenn Sie uns die freie Einfuhr der Industrieprodukte gewährleisten, dann werden wir nie mehr Schutzzölle verlangen!“ Herr **Leichin** hat in seinen Ausführungen so getan, als ob die Sozialdemokraten in der Lage gewesen wären einen Ausweg aus der kommenden Zeit der Schutzzölle anzubieten. In dem Angebote der gesetzlichen Regelung des Viehpreises übersieht er, daß er uns etwas anderes nicht anbieten konnte und das ist die gesetzliche Preisregelung der Industrie- und gewerblichen Artikel und solange er dies nicht anbieten kann, ist die Einführung der angebotenen Maßregel für uns unannehmbar. Er hat weiters gemeint, daß wir seit jeher mit der größten Rücksichtslosigkeit für die Interessen der Bauern eingetreten seien und nichts unterlassen hätten, was den Vorteil der Bauern hätte gefährden können. Ich möchte vor allem darauf hinweisen, daß wir nachsichtig stillgeschwiegen haben zu einer Zeit, wo man die landwirtschaftlichen Einfuhrzölle abgeschafft hat, während die Industriezölle aufrecht geblieben sind. Das war keine Rücksichtslosigkeit, das war Nachsicht gegenüber den konsumierenden Kreisen, insbesondere gegenüber der industriellen Bevölkerung, weil wir uns gesagt haben, daß unsere Industrie schutzbedürftig ist und andererseits die Konsumentenkreise zu möglichst billigen Lebensmitteln kommen sollen. Heute aber haben sich die Verhältnisse vollständig geändert, so daß wir sagen, entweder müssen die Industriezölle fallen oder wir müssen einen Schutz Zoll bekommen, ein drittes gibt es nicht, sonst muß der Bauernstand eingehen. Ich kann dem Herrn Abgeordneten **Leichin** versichern, daß wir Ihre Mitarbeit gerne annehmen und anerkennen, daß wir uns da auf einer Linie befinden und es sich zusammenarbeiten läßt, wenn es gilt, den schädlichen Zwischenhandel zwischen Produzenten und Konsumenten auszuschalten. Wir haben diesen Weg schon lange betreten und jeder, der auf diesem Wege mit uns geht, wird willkommen sein, ob er nun auf der einen oder der anderen politischen Seite steht. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident **Kölbl**: Der Gegenstand und damit die Tagesordnung ist erledigt.

Es sind zwei gleichlaufende Anträge eingebracht worden. (Verliest die Überschriften, siehe Verzeichnis Seite 912.)

Für diese zwei Anträge wurde die erste Lesung verlangt und ist diese auch von der Obmännerkonferenz beschlossen worden.

Ich erteile zur Begründung des ersten Antrages dem Herrn Abgeordneten Kobald das Wort.

Abgeordneter Kobald: Hohes Haus! Es ist wohl nicht notwendig, zu erklären, wie wichtig das Fortbildungswesen für das Gewerbe und den Nachwuchs ist. Nun muß festgestellt werden, daß leider nur das Land Steiermark in Österreich soweit auf diesem Gebiete zurücksteht, daß wir das Fortbildungsschulgesetz, welches nunmehr über ein Jahr in Unterhandlungen steht, noch nicht durchsetzen konnten. Wir sind heute soweit gekommen, daß wir die gewerblichen Fortbildungsschulen, deren wir 48 in Steiermark haben, geschlossen halten müssen. Es war von jeher üblich, zu Beginn des Monats Oktober die Fortbildungsschulen zu eröffnen und durch acht Monate aufrechtzuerhalten. Selbstverständlich gehört dazu Geld, das ist aber nicht vorhanden. Wir haben nun am 18. Oktober 1922 in der Burg unter dem Voritze des Ministerialsekretärs Beresina eine Sitzung abgehalten, in welcher der Herr Hofrat erklärt hat, daß, wenn das Land und die Handelskammer die zwei notwendigen Drittel aufbringt, vom Bund das eine Kostendrittel flüssiggemacht wird. Nachdem nun die Kosten für die gewerblichen Fortbildungsschulen für das Jahr mit ungefähr 600 Millionen Kronen anzunehmen sind, so wäre ein Drittel vom Bund sofort zu erwarten, wenn der Landtag jene Geldmittel beschließt, die aufzubringen sind. Nachdem wir mit diesen Geldmitteln rechnen müssen, erlaube ich mir die Bitte zu stellen, daß vorzuschußweise wenigstens 150 Millionen Kronen vom Landtage bewilligt werden und sollen diese noch im Monate Dezember flüssiggemacht werden, damit uns ermöglicht wird, wenigstens einen fünfmonatigen gewerblichen Fortbildungskurs zu eröffnen.

Meine Herren! Es ist doch nicht angängig, daß wir zusehen müssen, daß der Gewerbestand an und für sich in keiner Weise eine Unterstützung findet, nicht einmal im Schulwesen. Es wurde heute wiederholt auf die Krise hingewiesen, in der wir uns befinden und darauf, wie notwendig es ist, daß die einzelnen Berufsstände an Bildung zunehmen um ihre Produktion steigern zu können. Soll diese Weisung befolgt werden, dann ist es aber auch notwendig, daß die Fort-

bildungsschulen entsprechend ausgebaut, zunächst aber im bisherigen Maße aufrechterhalten werden. Nun stehen wir schon vor Weihnachten und wir waren noch nicht in der Lage, die Schulen eröffnen zu können, weil die Geldmittel nicht vorhanden sind. Ich bitte nun das hohe Haus, es möge den Antrag, wenn er zur Verhandlung kommt, annehmen und damit bewilligen, daß vorzuschußweise ein Betrag flüssiggemacht wird, damit wir auf Grund der Zusage auch vom Bund einen größeren Betrag erhalten können und dadurch in der Lage sind, die Fortbildungsschulen wieder eröffnen zu können. Es ist selbstverständlich notwendig, daß dies sehr dringend behandelt wird, und zwar deswegen, weil wir, wenn wir nicht anfangs Jänner des nächsten Jahres die Schulen eröffnen, sonst in den Sommer hineinkommen, in eine Zeit, die nicht besonders geeignet ist für die gewerblichen Fortbildungsschulen. Ich stelle nunmehr den formellen Antrag, den ich gleichfalls bereits überreicht habe, auf Überweisung an den Finanzausschuß mit Außerachtlassung der Drucklegung und Berichterstattung innerhalb der nächsten 24 Stunden.

Abgeordneter Muchitsch: Hohes Haus! Ich wollte einen Dringlichkeitsantrag in der heutigen Sitzung zur Verhandlung stellen und durchsetzen, daß das hohe Haus einen Betrag von 70 Millionen Kronen bewilligt zu dem Zwecke, damit der gewerbliche Fortbildungsschulunterricht sofort aufgenommen werden kann. Leider konnte ich diesen Antrag nicht durchsetzen, das heißt, die erforderliche Majorität nicht erreichen und ich muß mich einverstanden erklären, daß der vom Herrn Abgeordneten Kobald gestellte Antrag auf direkte Überweisung des in der ersten Lesung begriffenen Antrages an den Finanzausschuß angenommen wird. Ich muß aber dazu noch einige Bemerkungen machen. Wir stehen vor der beschämenden Tatsache, daß der gewerbliche Fortbildungsschulunterricht nicht wie jedes Jahr im Oktober aufgenommen werden konnte. Ich möchte feststellen, daß ich im Dezember vorigen Jahres, also vor Jahresfrist, in diesem hohen Hause einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt habe, der von allen Parteien einstimmig angenommen wurde und der dahin ging, daß die Landesregierung aufgefordert wird, dem Landtage einen Gesetzentwurf für die gesetzliche Regelung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens vorzulegen. Damals haben in der Debatte Redner aller Parteien das Wort ergriffen, sich für diesen Antrag ausgesprochen und ihn einstimmig angenommen. Man hätte erwarten dürfen, daß dieser Gesetzentwurf in absehbarer Zeit dem Landtage vor-

gelegt werde. Das ist nicht geschehen. Ich habe am 6. Juni eine dringliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann gerichtet und ihn ersucht, er möge Einfluß darauf nehmen, daß dieser im Dezember 1921 vom Landtage verlangte Gesetzentwurf doch ehestens dem hohen Landtage zur Erledigung zugewiesen werde. Der Herr Landeshauptmann hat damals die Notwendigkeit der gesetzlichen Regelung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens anerkannt und er hat zugesichert, daß er dafür Sorge tragen wird, daß dieser Gesetzentwurf ehestens dem hohen Hause vorgelegt werden würde. Seitdem sind wieder sechs Monate verflossen und wir haben inzwischen den Entwurf zur Kenntnis gebracht erhalten; dieser Entwurf ist einer Enquete von Fachschullehrern, den Interessenten, Gemeindevertretungen, Genossenschaften, Handels- und Gewerbekammer zur Vorberatung zugewiesen worden. Wie weit diese Vorberatung gediehen ist, weiß ich nicht. Sicher ist, daß dieser Entwurf noch nicht dem hohen Hause vorgelegt wurde. Wir haben ein volles Jahr verloren, ohne daß dieser so dringend notwendige Gesetzentwurf der legislativen Behandlung des Landtages vorgelegt worden wäre. Ich habe schon im Dezember 1921 gesagt, daß es von der Vorlage des Gesetzentwurfes abhängig ist, ob das Schuljahr 1922/23 normal eröffnet werden kann, ob die gewerblichen Fortbildungsschulen wiedereröffnet werden können. Ich habe das deshalb gesagt und sagen müssen, weil die gewerblichen Fortbildungsschullehrer durch ihre Organisation dem Zentralausschuß der Schulen, dessen Vorsitzender ich bin, mitteilen haben lassen, daß sie den Unterricht nur dann aufnehmen, wenn ihr Honorar sichergestellt sein wird. Dieses aber kann nur sichergestellt werden, wenn der Gesetzentwurf erledigt wird. In diesem Entwurfe ist vorgesehen, daß der Bund, das Land und die Handels- und Gewerbekammer für die Barmittel aufzukommen haben, also für die Bezahlung der Lehrergehälte, und daß die Gemeinden für den sachlichen Aufwand aufzukommen haben, also die Stadtgemeinde Graz für die Beistellung der Schullokale, für die Beheizung, Beleuchtung und Bedienung derselben. Was die Stadtgemeinde Graz aufzubringen hat, ist also nicht unbeträchtlich und bedeutet sehr viel. Es war bisher die Sache so, daß diese gewerblichen Fortbildungsschulen nur von Subventionen erhalten worden sind. Dieser Zustand hat sich als unhaltbar erwiesen, daher kam das Verlangen nach einer gesetzlichen Regelung und daher der Vorschlag des noch nicht vorgelegten Gesetzentwurfes, daß der Bund, das Land und die Handels- und Gewerbekammer für die

Barmittel aufzukommen haben und die Gemeinden für den sachlichen Aufwand. Es ist schon im Dezember vorigen Jahres und am 6. Juni neuerdings gesagt worden, daß die Aufrechterhaltung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens nicht nur in Graz sondern im ganzen Lande nur dann möglich ist, wenn diese gesetzliche Regelung erfolgt. Ich muß bei diesem Anlasse den Herrn Landeshauptmann neuerdings ersuchen, alles daran zu setzen, damit dieser Gesetzentwurf dem Hause vorgelegt werde, damit endlich die gesetzliche Regelung erfolge, damit die so notwendigen und dringenden Fortbildungsschulen erhalten bleiben. Es ist wirklich traurig, daß in dieser Zeit, in der wir vom Wiederaufbau und der Sanierung unserer ganzen durch den Krieg zerrütteten Volkswirtschaft, vom Wiederaufbau der Industrie und des Gewerbes reden, daß gerade eine der wichtigsten und notwendigsten Schulen so vollständig vernachlässigt wird, wenn so vollständig darauf vergessen wird, daß diese Schulen notwendig sind, daß sie erhalten bleiben müssen, daß die erforderlichen Geldmittel aufgebracht werden müssen. Ich bitte, zu berücksichtigen, was der Bund für das Hochschulwesen, für die Mittelschulen aufwendet, was er dafür verausgabt und ich bitte, dem entgegenzuhalten, was für das gewerbliche Fortbildungsschulwesen getan wird. Blutwenig. Und gerade das ist ein Zweig unserer öffentlichen Unterrichtsverwaltung, der von ganz hervorragender Bedeutung ist, denn je mehr der junge Mann, der Lehrling, im Gewerbe und in der Industrie in gewerblichen Fortbildungsschulen lernt, desto tüchtiger wird er im Gewerbe und als Industriearbeiter sein, desto leistungsfähiger wird die Industrie und das Gewerbe werden. Es muß tief bedauert werden, daß unsere Jugend vor der Gefahr steht, ein ganzes Schuljahr zu verlieren. Ich bitte, meine Damen und Herren, doch zu berücksichtigen, was die Lehrlinge verlieren, wenn der Unterricht nicht spätestens am 1. Jänner wieder aufgenommen werden kann. Diese Zeit kann nicht wieder eingebracht werden, diese Zeit ist absolut verloren, der Lehrling kann nicht um ein Jahr länger lernen, damit er die Zeit nicht verliert, die dadurch verloren geht, weil er im Schuljahr 1922/23 den gewerblichen Fortbildungsschulunterricht nicht besuchen konnte. Es entsteht also eine große Lücke in der Ausbildung der Lehrlinge zum Schaden der Lehrlinge, aber auch zum Schaden für das Gewerbe und die Industrie. Ich bin der Meinung, daß das nicht verantwortet werden kann, nicht gegenüber den jungen Leuten und nicht gegenüber dem Gewerbe und der Industrie. Es muß unbedingt unter allen Um-

ständen dafür gesorgt werden, daß der Unterricht so rasch als möglich wieder aufgenommen werde, spätestens am 1. Jänner 1923. Das wird nur dann gehen, wenn der Landtag sich dazu entschließt, diesen Vorschuß, der hier angesprochen wird, zu bewilligen, weil ich zugeben muß, daß heute bis zum 1. Jänner 1923 die gesetzliche Regelung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens nicht mehr erfolgen kann, das heißt, es kann nicht so rasch gearbeitet werden, daß es möglich wäre, bis 1. Jänner 1923 das bezügliche Gesetz im Landesgesetzblatt erscheinen zu lassen und kundzumachen, daß die Handels- und Gewerbekammer, der Staat, das Land und die Gemeinden verpflichtet sind, für gewisse Mittel aufzukommen. Das wäre nur möglich gewesen, wenn nach der damaligen Anfrage am 6. Juni der Gesetzentwurf sofort vorberaten, dem hohen Hause vorgelegt worden wäre und nach Wiederzusammentritt des Landtages in der ersten oder zweiten Sitzung dieser Entwurf einer Beratung und Beschlussfassung unterzogen worden wäre. Das ist nicht geschehen. Heute kann es nicht so rasch gemacht werden. Ich möchte deshalb der Erwartung Ausdruck geben, daß mit Rücksicht auf das allseitige Interesse, das dieser Frage von allen Parteien entgegengebracht wurde, daß mit Rücksicht darauf, daß bereits im Dezember 1921 der Dringlichkeitsantrag einstimmig angenommen wurde, nunmehr diese Angelegenheit als dringlich aufgefaßt werde und alle Parteien im Finanzausschuß sich dafür aussprechen, daß der verlangte Vorschuß zur Verfügung gestellt werde, damit die Möglichkeit besteht, am 1. Jänner 1923 den Unterricht aufzunehmen. Ich möchte an den Herrn Finanzreferenten appellieren, daß er dieser Angelegenheit keine besonderen Schwierigkeiten in den Weg legt, aber mit diesem Appell an den Herrn Finanzreferenten möchte ich mich nicht bescheiden, sondern ich möchte insbesondere an den Herrn Landeshauptmann das dringende Ersuchen stellen, alles zu tun, damit der verlangte Gesetzentwurf bald an das hohe Haus kommt, weil nur dann die Aufrechterhaltung und Fortführung der Fortbildungsschulen gewährleistet ist. Ich möchte erklären, daß ich auf dem Standpunkt stehe, daß die von uns verlangte und in Durchführung begriffene gesetzliche Regelung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens nicht als genügend erachtet werden kann und daß ich mich auf den Standpunkt stelle, überall zu verlangen, daß die gewerblichen Fortbildungsschulen verstaatlicht werden. Ich weiß nicht, bis wann das durchzuführen möglich sein wird, deshalb müssen wir uns mit dem bescheiden, was zunächst in

die Wege geleitet ist. Ich bitte, zu berücksichtigen, daß diese Frage von größter Wichtigkeit für die Jugend und für das Gewerbe ist und deshalb möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß der Vorschuß bewilligt und die gesetzliche Regelung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens zur Tatsache geworden ist.

Vorsitzender Präsident Kölbl: Da laut Geschäftsordnung eine Wechselrede bei der ersten Lesung nicht stattfinden kann, so ist die Rede geschlossen und ich bringe den Antrag in formeller Beziehung auf unmittelbare Zuweisung an den Finanzausschuß mit Umgehung der Drucklegung und mit Umgehung der 24stündigen Auflagefrist zur Abstimmung und bitte die Herren, welche für diesen Antrag sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Es liegt weiter ein Antrag der Abgeordneten Hartleb, Rieckh, Schreckenthal, Doktor Klusemann und Genossen vor, betreffend Änderung des Walderhaltungsgesetzes. Dieser Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Des weiteren eine Anfrage der Abgeordneten Kah r und Genossen an den Landeshauptmann, betreffend den Schutz des Alpenbodens. Diese Anfrage wird unverzüglich zugestellt werden.

Die nächste Sitzung des hohen Hauses findet statt am Dienstag den 12. November um 4 Uhr nachmittags, und zwar mit folgender

Tagesordnung:

1. Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über den Bericht der steiermärkischen Landesregierung in Angelegenheit der Errichtung einer Stelle eines Genossenschaftsinstruktors für das Mittel- und Unterland (Präf.-Nr. 85).

2. Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über den Antrag der Abgeordneten Gartner, W i h a n n und Genossen, Beilage Nr. 282, betreffend Hintanhaltung von Felddiebstählen.

3. Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über den Antrag der Abgeordneten Gartner, W i h a n n, F e r n e r, K a h r und Genossen, Beilage Nr. 295, betreffend die Bereitstellung von entsprechenden Mitteln für die Weinbauförderung aus dem Ertragnisse der Weinsteuer.

4. Mündlicher Bericht des Fürsorgeausschusses über den Antrag der Abgeordneten M i k o l a, D r. E n g e, Franz F i n k, Beilage Nr. 305, betreffend Maß-

nahmen gegen die Jugendverwahrlosung; Errichtung eines polizeilichen Jugendheimes.

5. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Bericht der steiermärkischen Landesregierung, Beilage Nr. 314, mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend die Neuregelung der städtischen Fahrkartensteuer für die im Gebiete der Landeshauptstadt Graz betriebenen Kleinbahnen.

Hat jemand gegen den Zeitpunkt der Sitzung und gegen die Tagesordnung etwas einzuwenden? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall.

Folgende Ausschusssitzungen werden abgehalten:

In Ausführung des heutigen Beschlusses, wonach beschlossen wurde, daß die Landesregierung ermächtigt werde, im Einvernehmen mit dem Hauptausschusse auch für weitere Begebungen von Teilschuldverschreibungen durch die steirische Wasserkraft- und Elektrizitäts-Aktiengesellschaft zwecks Ausbaues der unteren Teigtisch samt Nebenanlagen die Haftung für die Verzinsung und quotenmäßige Rückzahlung namens des Landes Steiermark zu übernehmen, wenn die vom Landtage in der Sitzung vom 8. April 1921 aufgestellten Bedingungen gegeben sind, wird der Hauptausschuß für Dienstag den 5. Dezember 1922 um 9 Uhr vormittags einberufen;

Sitzung des vereinigten Finanz- und Unterrichtsausschusses Mittwoch den 6. Dezember 1922 um 2 Uhr nachmittags.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 6 Uhr 45 Minuten abends.)

Anhang.

Anfrage

der Abgeordneten Kahr und Genossen an den Landeshauptmann, betreffend den Schutz der Alpenweiden.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die bestehenden Alpenweiden (sogenannten Herrschaftsweiden) immer mehr und mehr mit Wachholdergesträuch, der Legföhre und anderem Gestrüpp überwachsen, damit den Weideboden verdrängen, so daß es heute schon Weiden gibt, welche infolge dieser Verwachsung mit viel weniger Vieh bestoßen werden können als in früheren Jahren. Aus diesem Grunde erwächst sowohl den Bauern als produzierenden Stand wegen immer abnehmender Weideflächen, sowie auch der konsumierenden Bevölkerung ein empfindlicher Schaden.

Die Gefertigten stellen daher an den Herrn Landeshauptmann die

Anfrage:

1. Sind dem Herrn Landeshauptmann diese Verhältnisse bekannt?

2. Ist der Herr Landeshauptmann bereit, die ihm unterstehenden Bezirkshauptmannschaften zu verhalten, daß die Säuberung der Alpen auf Grund des Landtagsgesetzes vom 7. September 1909, §§ 1 und 8, durchgeführt wird?"

Kahr Norbert.

Ing. Franz Wihany.

Karl Garkner.

Schreckenthal.

Thomas Ferner.

Franz Winkler.

Dr. Erich Klusmann.